

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus
Amt für Planfeststellung Verkehr
Hopfenstraße 29
24103 Kiel

Absender in Druckbuchstaben
(Vorname, Nachname, Anschrift):

.....
.....
.....

(persönlich an das Amt übergeben,
in dem die Auslegung erfolgte)

Datum:

Frist: 16. September 2026

**Planfeststellungsverfahren für das Vorhaben „Aus- und Neubau Schienenanbindung
der Festen Fehmarnbeltquerung“ zwischen Bad Schwartau und Puttgarden,
Planfeststellungsabschnitt 4, Strecke 1100, Bau-km 150,752 – Bau-km 157,055
Hier: 2. Planänderung**

Ich bin / Wir sind Eigentümer / Mieter / Pächter des Grundstücks* (Belegenheit, Gemarkung,
Flur, Flurstück)

.....
*ggf. mehrere Grundstücke angeben

und nutze/n dieses wie folgt (zu Wohnzwecken mit meiner Familie, als Ferienwohnung, für die
Land- oder Forstwirtschaft, gewerblich etc.):

.....

Das Grundstück befindet sich ca. Meter weit von der geplanten Trasse entfernt.

Zu dem obigen Plan erhebe ich/erheben wir auch zur Auslegung der 2. Planänderung
nachfolgende

E i n w e n d u n g e n

und bitte/bitten Sie, mir/uns rechtzeitig vor der Anhörung die Stellungnahme der
Vorhabenträgerin DB Netz AG zu diesem Schreiben zu überlassen.

Zudem werden sämtliche von uns bisher erhobenen Einwendungen ausdrücklich
aufrechterhalten.

1.

Die Variantenuntersuchung für den neuen Haltepunkt im PFA 4 wird gerügt. Rechtsfehlerhaft soll die Variante 3 Edisonstraße (Göhl) als gemeinsamer Haltepunkt für die Gemeinde Göhl und die Stadt Oldenburg i.H. als Vorzugsvariante planfestgestellt werden. Dies widerspricht allerdings dem städtebaulichen Konzept der Stadt Oldenburg einerseits und der kommunalen Finanzhoheit der Gemeinde Göhl andererseits.

2.

Ich befürchte / Wir befürchten erhebliche Auswirkungen auf meine / unsere Wohn- und Lebensqualität durch die fehlerhafte Variantenentscheidung.

Die Eigenart der Landschaft, das Landschaftserlebnis und das Landschaftsbild werden unzumutbar beeinträchtigt. Unterbrechungen von Sichtbeziehungen, Barriere- und Trennwirkungen der Trasse sowie geänderte und verlängerte Wegebeziehungen werden gerügt. Ferner werden die Bodenversiegelung und Flächeninanspruchnahme, Betriebserschwernisse in der Landwirtschaft und der Verlust von landwirtschaftlichen Nutzflächen beanstandet.

3.

Im Einzelnen ergänze ich / ergänzen wir diese Stellungnahme wie folgt:

„Ich / wir befürchte/n eine finanzielle Überlastung der Gemeinde Göhl und die damit einhergehenden Folgen für die Einwohner/innen, z.B.:“

- Erhöhung von Steuern und Abgaben
- Einführung / Erhöhung von Gebühren und Beiträgen
- Fehlende finanzielle Mittel für andere kommunale Aufgaben (Kita, Schule, Straßen, Feuerwehr,...)
- Verschuldung der Gemeinde und damit verbunden die Belastung folgender Generationen

.....
.....
.....

4.

Ich weise / Wir weisen insbesondere auf die folgenden Konflikte hin:

.....
.....
.....
.....
.....
.....

.....
(Unterschrift)

.....
(Unterschrift)

(Bitte Kopie von der Stellungnahme aufbewahren. Ggf. Anlagen beifügen.)

Entwurf: RAin Dr. Michéle John, Rechtsanwälte Günther Partnerschaft, Mittelweg 150, 20148 Hamburg, john@rae-guenther.de